

24/1994

Die entscheidende Alternative heißt:

Politische Mitte oder Linksfront

Zur Aktion der CDU gegen die neue deutsche Linksfront erklärte am 18. Juli auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus Generalsekretär Peter Hintze:

Bisher war es in Deutschland immer selbstverständlich, daß eine Zusammenarbeit mit rechts- und linksradikalen Parteien tabu ist. Dieses Tabu wird von der SPD in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gebrochen. Die deutsche Sozialdemokratie hat den demokratischen Konsens gegen den Radikalismus aufgekündigt. Sie ist immer unverhöhlener und mit immer größerem Tempo auf dem Weg,

Materialien
für
diese
Aktion:
Seite
30/31

Wahlkampf-Argumente



eine neue Linksfront in Deutschland unter Einbeziehung selbst undemokratischer Kräfte zusammenzubringen. SPD, PDS und Grüne bilden die neue linke Formation, die für die Stabilität unseres Landes eine erhebliche Gefahr bedeutet. „Politische Mitte oder Linksfront“ lautet jetzt die entscheidende Alternative deutscher Politik. (Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Sozialdemokraten**
Wolfgang Schäuble: Die Sozialdemokraten drohen, vor der Geschichte zu versagen. Seite 5
Angela Merkel: Ein Tabu wird gebrochen. Kurs der Annäherung der SPD an die PDS. Seite 6
- **Bundeswehr**
„Out-of-area-Einsätze“ der Bundeswehr sind verfassungskonform. Seite 12
- **Sport**
Neues Sportprogramm der CDU: Arbeit der Vereine fördern und das Ehrenamt aufwerten. Seite 15
- **Verfassung**
Wolfgang Schäuble: Das Grundgesetz behutsam fortentwickelt, den bewährten Rahmen nicht beschädigt. Seite 18
- **Agrarpolitik**
Entlastung der Märkte und Stabilisierung der Einkommen. Seite 22
- **Dokumentation**
Wortlaut der Reden von Richard von Weizsäcker und Roman Herzog am 1. Juli im Berliner Reichstagsgebäude. Grüner Teil
- **UiD EXTRA**
Die SPD und die Sicherheitspolitik



**Zukunft
statt PDS-Gefahr
von links!
Linksfront**

**SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU**

● Bestell-Nr. 5956

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis je 25 Exemplare: 21,— DM

zuzügl. Mehrwertsteuer inkl. Versand

Die PDS hat ihr kommunistisches Erbe bewahrt

(Fortsetzung von Seite 1)

Die PDS ist der harte Kern der ehemaligen SED. Alle, die 1989 nicht ausdrücklich aus der SED ausgetreten sind, haben in der PDS eine neue Heimat gefunden. Nach eigenem Selbstverständnis ist die PDS der Rechtsnachfolger der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, die 40 Jahre hindurch für Mauer und Stacheldraht, Schießbefehl und politische Gefangenschaft, Meinungsterror und Unfreiheit Verantwortung getragen hat. Von dieser Mitverantwortung kann sich

die PDS nicht freisprechen. Die PDS steht in politischer Zielsetzung, Menschenbild und ideologischer Verbohrtheit der SED in nichts nach. Nach dem in ihrem Grundsatzprogramm festgelegten Selbstverständnis will die PDS all jene sammeln, die „die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen“ und „die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen“. Mit anderen Worten: Die PDS will nicht den freiheitlichen Staat des Grundgesetzes, sie will den Sozialismus als „notwendiges Ziel“. Ihre Verbundenheit mit dem alten System ist offensichtlich.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele wird in einem PDS-Organ nicht einmal davor zurückgeschreckt, den „Einsatz bewaffneter Gewalt“ zu proklamieren. Die PDS ist wie die SED eine linksradikale Kaderpartei, die sich nach außen als demokratische Vertreterin eines geläuterten Sozialismus gibt.

Gemeinsamkeiten der linken Kräfte

SPD, PDS und Grüne vertreten gemeinsam linke Positionen. Nachdem der Versuch Scharpings gescheitert ist, durch einen betonten Kurs der Mitte neue Wählerstimmen für die SPD zu erschließen, wird jetzt offenkundig ein strategischer „Roll-back“ vollzogen. Der Machtwechsel in Deutschland soll durch eine Konzentration aller linken Kräfte erzwungen werden.

Als Testlauf der neuen Strategie wurde das Bundesland Sachsen-Anhalt gewählt, wo sich die SPD einer dem Land Stabilität verleihenden großen Koalition verweigerte und stattdessen ein rot-grünes Bündnis mit der PDS als stillem Teilhaber etabliert.

Daß Sachsen-Anhalt kein Einzelfall, son-

Linksfront oder Koalition der Vernunft

Generalsekretär Peter Hintze zum Ergebnis des SPD-Sonderparteitages in Sachsen-Anhalt:

Am Zügel der Bonner SPD-Führung haben sich die Delegierten in Sachsen-Anhalt gegen den weiteren Aufbau ihres Landes und für das Risiko einer rot-grünen Linksfront mit der PDS als stillem Teilhaber entschieden.

Diese Scharping-Strategie des erneuten Händedrucks zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ist eine Schande für Deutschland. Zugleich ist es ein Betrug an den Wählern in Sachsen-Anhalt. Die Wähler hatten vor der Wahl die Zusage des SPD-Kandidaten Höppner, keine Minderheitenexperimente einzugehen. Aus reiner Macht-

gier hat die SPD dieses Versprechen gebrochen.

Ein dramatisches Alarmsignal für den drohenden Niedergang von Wirtschaft und Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt ist der demonstrative Rückzug von Höppners Wunschkandidaten für das Amt des Wirtschaftsministers, Volkhard Uhlig.

Trotz aller politischen Irrwege der SPD schlägt die CDU die Tür nicht zu. Sachsen-Anhalt braucht auch in Zukunft eine handlungsfähige Regierung mit hoher wirtschaftlicher Kompetenz. Ich appelliere an Herrn Scharping, eine Koalition der Vernunft in Magdeburg nicht weiter zu verhindern.

der ein bewußt kalkulierter Laborversuch ist, beweisen die Vorgänge in Mecklenburg-Vorpommern. Hier hat die SPD — obgleich nicht stärkste Partei — ihre Bewerber mit Hilfe der PDS in kommunale Ämter gebracht. Auf diese Weise kamen SPD-Landräte in Ludwigslust, Parchim, Güstrow und Strelitz ins Amt. Nach gleichem Strickmuster wurden die SPD-Bürgermeister von Grevesmühlen, Waren und Güstrow inthronisiert. Im Gegenzug wurden PDS-Kandidaten mit Unterstützung der SPD mit kommunalen Spitzenpositionen entlohnt.

Nachdem die Tragfähigkeit rot-roter Kumpanei auf kommunaler und auf Landesebene erwiesen worden ist, steht jetzt eine bundespolitische Option zur Diskussion. Führende Genossen der SPD plädieren bereits dafür, die Feldversuche in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bundesweit auszudehnen. SPD-Präsidiumsmitglied Gerhard Schrö-

der hat dies eindeutig formuliert:

„Eine Zusammenarbeit mit der PDS sollte nicht ausgeschlossen werden, zumal die PDS in der Sozialpolitik der SPD näher steht als die CDU.“

PDS und SPD als Parteien des „demokratischen Sozialismus“

Indem die SPD die Nachfolger der Honecker-Mielke-SED als Steigbügelhalter zur Macht akzeptiert und sie damit in den Rang eines normalen parlamentarischen Mehrheitsbeschaffers erhebt, wird eine neue politische Entwicklung eingeleitet, die leider nicht ohne Vorbild in der deutschen Parteigeschichte ist. Wieder einmal geht die alte kommunistische Strategie auf, die deutsche Sozialdemokratie in eine linke Einheitsfront zu locken. Die SPD ist dabei, zum „Trojanischen Esel“ der PDS zu werden.

Es gehört zu den Zielen der PDS, „die Basis einer sozialistischen Linken für die Zukunft auszubauen“. Wieder einmal reichen deutsche Sozialdemokraten deutschen Kommunisten dazu die Hand. Das SED-Parteiabzeichen läßt grüßen.

SPD und PDS sind ausweislich ihrer Grundsatzprogramme „Parteien des demokratischen Sozialismus“, ihre ideologische Nähe zueinander ist unverkennbar. Dies ist in der gemeinsamen Erklärung von SPD und SED aus dem Jahr 1987 ausdrücklich formuliert worden:

„Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.“

Den bemühten Erklärungen des SPD-Vorsitzenden Scharping, seine Partei sei zu keiner Form der Zusammenarbeit — auf welcher Ebene auch immer — bereit, hat jede Glaubwürdigkeit verloren.

Politische Mitte oder Linksfront

Bei der Bundestagswahl 1994 steht der Wähler vor einer klaren Alternative: Es geht um die Wahl zwischen den Kräften der politischen Mitte und der neuen deutschen Linksfront. Angesichts dieser Strategie der SPD kann jede Stimme für die Sozialdemokraten zu einer funktionalen Stimme pro PDS werden.

Wenn es der neuen deutschen Linksfront gelänge, politischen Einfluß in Deutschland zu erringen, wäre dies eine unübersehbare Gefahr für unser Land:

● Die internationale Position Deutschlands würde gravierend geschwächt. Das Vertrauen unserer Partner in die Zuver-

lässigkeit und Bündnistreue der Deutschen wäre erschüttert, wenn politische Kräfte die Oberhand gewännen, welche das Bündnis preisgeben und die Bundeswehr abschaffen wollen.

● Der Wirtschaftsstandort Deutschland würde unter der Regie der linken Einheitsfront verkümmern. Internationale Investitionen machen einen Bogen um Länder, in denen das Eigentum nicht ausreichend geschützt ist. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft würde durch eine staatsdirigistische Wirtschaftspolitik — mit allen negativen Folgen für Arbeitsplätze und soziale Sicherheit — stranguliert.

● Eine linke Einheitsfront in Deutschland würde die politische Stabilität unseres Landes schwer beschädigen. Der Spitzenkandidat der SPD in Sachsen-Anhalt, Reinhard Höppner, sagte nur zwei Tage vor der Landtagswahl: „Die Tolerierung einer Minderheitsregierung, durch welche Partei auch immer, birgt zu viele Unsicherheiten in sich. Eine verlässliche Regierungsarbeit ist so nicht möglich.“

Die moralische Dimension

Das Verhalten der SPD gegenüber der PDS hat nicht zuletzt auch eine zutiefst moralische Dimension. Wenn heute befehlsabhängige Mauerschützen vor Gericht gestellt, belastete Lehrer aus dem Dienst entfernt und Opfer der SED-Diktatur nur mit Mühe entschädigt werden können — dann ist es völlig unverständlich, daß deutsche Sozialdemokraten denen die Hand reichen, die die historische und politische Verantwortung dafür tragen.

Ich fordere die SPD auf, zur Gemeinsamkeit der Demokraten zurückzukehren und eine Koalition des heimlichen Einverständnisses mit Kommunisten in Magdeburg und anderswo nicht zuzulassen. ■

Wolfgang Schäuble:

Die Sozialdemokraten drohen, vor der Geschichte zu versagen

Man reibt sich in diesen Tagen die Augen: Soll da wirklich eine Landesregierung von Gnaden der Erben Ulrichs und Honeckers gebildet werden? Klaus von Dohnanyi, der ehemalige Hamburger Bürgermeister, hat es auf den Punkt gebracht: „Wer jetzt glaubt, er kann Duldungs- oder Koalitionsgespräche mit ihnen — er meint die SED/PDS — treffen, der ruiniert Deutschland.“

Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt ist eindeutig. Eine von demokratischen Kräften getragene Landesregierung kann nur durch ein Zusammengehen der beiden demokratischen Volksparteien gebildet werden. Parallelen zur Situation in Baden-Württemberg drängen sich auf. Die CDU Baden-Württemberg hat jedoch im Unterschied zur SPD in Sachsen-Anhalt niemals daran gedacht, sich von einer radikalen Partei abhängig zu machen. Gewiß sind große Koalitionen nie Ideallösungen. Aber um wieviel nötiger als Baden-Württemberg braucht Sachsen-Anhalt eine stabile Regierung.

Die Sozialdemokraten drohen, vor der Geschichte zu versagen. Gewiß sind nicht alle Wähler der PDS Kommunisten, so wenig wie alle Wähler der Republikaner Nazis waren. Es ist die Pflicht der demokratischen Parteien, Wähler — so weit es irgend geht — ins demokratische Lager zurückzuholen. Nicht aber die Nachfolgeorganisation der SED als Partei gesellschaftsfähig zu machen.

Alle Verantwortlichen sollten sich die Warnungen des brandenburgischen SPD-Spitzenkandidaten für den Deutschen

Bundestag, Richard Schröder, zu Herzen nehmen: „In ihrer Mitgliederstruktur ist die PDS eine Partei der in der DDR herrschenden Klasse. Im Augenblick halten sich diese Leute zurück. In dem Moment, wo die PDS an der Macht beteiligt würde, würde diese Altkader-Dominanz in der Mitgliederstruktur voll durchschlagen und die PDS zu einer echten Gefahr für die demokratische Entwicklung in Deutschland.“

Deutschland steht zur Zeit vor großen Herausforderungen. Es sollte sich nicht auch noch die faktische Beteiligung von Kommunisten an einer Regierung zumuten. Deutschland braucht jetzt verantwortliches Handeln. Damit verträgt sich nicht, wenn die SPD-Mehrheit im Bundesrat über 20 Gesetzesvorhaben der Koalition blockiert. Wie soll man den Menschen erklären, daß die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz des ungeborenen Lebens aus parteitaktischen Erwägungen heraus verhindert wird? Was sollen die Bürgerinnen und Bürger davon halten, wenn der Bundesrat eine Gesetzesinitiative der Koalition (das Verbrechensbekämpfungsgesetz '94) ablehnt, die kürzere Strafverfahren, härtere Strafen für Gewalttäter und die Abschiebung ausländischer Drogenhändler vorsieht?

Die Zukunft Deutschlands wird nicht dadurch gestaltet, daß man mit Kommunisten paktiert oder die Lösung von Problemen behindert. Die Zukunft Deutschlands gestaltet man, indem man sich den Herausforderungen stellt und konstruktiv an Lösungen mitwirkt. ■

Ein Tabu wird gebrochen

Kurs der Annäherung der SPD an die PDS

In der SPD wird zur Zeit das Tabu der Zusammenarbeit mit der PDS gebrochen. Dies wurde durch zahlreiche Kontakte seit längerem vorbereitet, jetzt aber nach den Kommunalwahlen in den neuen Bundesländern und nach der Europawahl durch die Erkenntnis beschleunigt, daß die CDU als stärkste Partei in den neuen Bundesländern nicht wie erwartet geschlagen werden konnte. Sätze wie diese wären im Jahre 1990 undenkbar gewesen:

● Wolfgang Thierse (stellvertretender SPD-Vorsitzender) in der taz vom 30. 6. 1994: „Das Sachprogramm der PDS ist größtenteils von der SPD abgeschrieben und wird nur noch verziert durch radikale und finanziell unrealistische Forderungen populistischer Art.“

● Harald Ringstorff (Vorsitzender des SPD-Parteirates) im Nordmagazin vom 20. 6. 1994: „Sicher, Zusammenarbeit in Sachthemen heißt auch Zusammenarbeit. Aber das ist doch etwas anderes, als wenn man förmliche Koalitionsvereinbarungen schließen muß. Dann muß man mit einem Partner, also in der Gesamtpolitik, nach Möglichkeit Übereinstimmung erzielen, und da gehen die Dinge doch manchmal etwas auseinander.“

● „Was die PDS als Partei wirklich will, das will ich noch mit einem Fragezeichen versehen.“ Günther Verheugen im Kölner Stadtanzeiger vom 30. 6. 1994.

Unter dem Motto, man müßte eine konservative Mehrheit endlich stürzen, wird die linke Gemeinsamkeit von SPD und PDS beschworen und dabei die PDS in ihrer Programmatik und ihren Erscheinungsformen bagatellisiert. Es wird ganz offensichtlich eine Partei salonfähig

gemacht — wenngleich ihr auch noch keine formalen Koalitionsangebote gemacht werden — so doch in Form von Duldung, Tolerierung, punktueller Zusammenarbeit. Damit ist klar, die PDS soll für die Ziele der SPD benutzt werden. Die SPD betreibt damit das Geschäft der PDS.

● Was sind die strategischen und taktischen Ziele der PDS?

Aufschlußreich dafür, was die PDS in Wahrheit will, ist das Papier über die Strategie der PDS zu den Wahlen 1994, das im Jahre 1993 erstellt wurde. Hier wird klar, daß die PDS nach wie vor die Sprache der marxistischen und leninistischen Gesellschaftstheorie benutzt. In diesem Papier wird als Strategie der PDS deutlich, daß sie immer wieder einerseits kurzfristige und andererseits langfristige Ziele verfolgt.

Was sind die langfristigen Ziele der PDS? Zitat aus dem Papier: „Es ist langfristiges

Von Angela Merkel, stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU Deutschlands

Ziel der PDS, den kapitalistischen Charakter der BRD-Gesellschaft zu überwinden.“ Als kurzfristiges Ziel wird dann sofort angefügt: „Aber das ist nicht das Ziel ihres Wahlkampfes 1994. Dessen Ziel ist der Einzug in die kommunalen Vertretungen, die Landesparlamente, den Bundestag und das Europäische Parlament.“

Daher ist auch der „Widerspruch zwischen Allgemeinem (Gesamtpolitik der PDS) und Besonderem (Wahlkampf) größer als in anderen Politikfragen“. Die PDS beruhigt jedoch ihre Parteimitglieder mit dem Satz, daß „die PDS nicht um Wählerstimmen ringen wird, indem sie ihr antikapitalistisches, internationalistisches, antimilitaristisches und sozialistisches Profil verleugnet“.

In ihrer Wahlstrategie gibt die PDS zu, daß ihre langfristigen Ziele auf die Abschaffung des jetzigen gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind. Der PDS-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Herr Holter, sagt dies auch unverblümt in einem Interview mit Antenne Mecklenburg-Vorpommern.

Frage: „Wer mir sagt, das Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland gehöre abgeschafft, dem sage ich ...“. Antwort: „... er hat recht“. In einem anderen Interview führt er aus: „Allerdings über eine Ablösung des Gesellschaftssystems der Bundesrepublik Deutschland selbst unter heutigen, konkreten Bedingungen zu sprechen, ist natürlich nicht abwegig. Wir haben unsere sozialistische Vision, damit begründet sich auch meine konkrete Aussage.“ Wiederum das klare Bekenntnis zur langfristig ausgerichteten Strategie.

Die PDS will bestimmte Konflikte in der Gesellschaft ausnutzen und für den Wahlkampf 1994 auf dieser Basis Bündnisse mit allen Unzufriedenen schmieden. Dabei wird auch das Verhältnis der PDS zu anderen marxistischen Gruppen klargemacht: „Anders als andere konkurrierende linke Gruppierungen und Parteien in der BRD (DKP, BWK, KPD, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD oder MLPD ...), die sich teilweise aber auch explizit und ausgesprochen aktiv als Bündnispartner für den Wahlkampf 1994 anbieten, hält die PDS nicht nur an alternativen gesellschaftspolitischen Vorstel-

lungen fest, sondern ist bestrebt, einen gegenwärtig kaum oder noch gar nicht existierenden Boden in den aktuellen und konkreten sozialen und politischen Auseinandersetzungen zu bereiten, die längst noch keinen systemkritischen Charakter haben, und dabei die Differenziertheit der kapitalistischen Gesellschaft der BRD zu nutzen.

Die PDS will nicht nur dort sein, wo ihre Fernziele sind, sondern sie will zugleich ... dort sein, wo die Menschen heute und real sind, die mit den systemkritischen Zielen der PDS nur wenig oder gar nichts im Sinne haben.“ In diesen Sätzen wird deutlich, daß die PDS sich nicht von anderen marxistischen Gruppierungen abgrenzen will, sondern — im Gegenteil — mit dieser Bündnistaktik versucht, Unzufriedenheit aufzugreifen und in Wählerstimmen umzuwandeln.

Der Weg, um die „Masse zu gewinnen“, ist die klare Aufforderung an die Mitglieder der PDS, überall mitzuarbeiten. Im Programm heißt es, „die PDS orientiert sich auf ebenso unterschiedliche wie konkrete soziale und politische Subjekte für gesellschaftlichen Widerstand und Wandel.

Die Mitglieder der PDS wirken in demokratischen, sozialen und politischen Bewegungen: in den Gewerkschaften und Betrieben, in der Frauenbewegung, antifaschistischen, antirassistischen und antimilitaristischen Organisationen, in Arbeitsloseninitiativen, Mieter- und Verbraucherverbänden, Umwelt und Dritte-Welt-Gruppen sowie anderen sozialen und kulturellen Initiativen“.

Diese Ausschnitte aus dem Strategiepapier der PDS zeigen deutlich, daß jede Bagatellisierung der PDS schwerwiegende langfristige Folgen haben kann. Die PDS setzt darauf, daß sie mit den Mitteln der Demokratie — einer sich sicher fühlenden Demokratie — versuchen will, auf legalem Wege die Grundfe-

sten dieser Demokratie zu stürzen. Der erste Weg heißt Destruktion und Schwächung der Gesellschaft. Dem entsprechen auch viele Wahlslogans der PDS wie „Wahlzettel sind Denkkzettel“, „Regierung haben wir genug. Wir brauchen eine stärkere Opposition“, „Veränderung beginnt mit Opposition“, die alle darauf gerichtet sind, dem Wähler zu suggerieren, daß die Stimmabgabe nicht etwa dazu dient, gestaltende Politik zu wählen, sondern daß die Stimmabgabe eine Möglichkeit ist, Widerstand gegen das bestehende System zu leisten.

● Der Unterschied zwischen PDS-Wählern und der PDS als Partei

Es ist falsch, die PDS-Wähler zu beschimpfen und sie mit den Zielen der PDS gleichzusetzen. PDS-Wähler sind aus verschiedenen Gründen Wähler, die unzufrieden sind und sich in der Demokratie der neuen Bundesländer, so wie sie sie erfahren, nicht zu Hause fühlen. Es ist kein Zufall, daß PDS-Wähler vor allen Dingen in den Neubaugebieten der neuen Bundesländer wohnen. Hier leben Menschen, die keine traditionellen Bindungen im kirchlichen Bereich, in Vereinen oder in sonstigen traditionellen Milieus aufbauen konnten. Die PDS macht sich dies zunutze. Sie kennt die Strukturen von früher her sehr gut und versucht in diesen Bereichen Menschen, die sonst keine Ansprechpartner haben, zu erreichen. Teilweise arbeitet das System der früheren Hausgemeinschaften („Blockwarte“) noch weiter.

PDS-Wähler sind nicht etwa nur frühere SED-Mitglieder. Es sind auch nicht nur Arbeitslose, sondern zum großen Teil Intellektuelle, Angestellte und junge Menschen, die sich bei erheblicher Leistungskraft und Aktivität in den herkömmlichen Parteien und Gruppierungen nicht aufgehoben fühlen. Auch

andere Menschen in den neuen Bundesländern haben durch Erfahrungen der letzten Jahre den Eindruck, daß ihre Lebensleistung nicht in ausreichendem Maße anerkannt wird oder daß das Maß der Veränderung, das von ihnen verlangt wurde, ihre Kräfte übersteigt. Diesen Menschen müssen wir uns aktiv zuwenden, um ihnen die auf Ost-West-Spaltung angelegte Politik der PDS mit überhaupt nicht finanzierbaren Forderungen deutlich zu machen. Die PDS setzt darauf, daß das Scheitern des DDR-Staates vergessen wird, um anschließend sozialistische und marxistische Visionen wieder hoffähig zu machen. Deshalb müssen wir mit allem Augenmerk der PDS die dafür zur Zeit vorhandene Stimmenbasis entziehen.

● SPD als Oppositionspartei zur Zeit in den neuen Bundesländern gescheitert

Die SPD ist ihrer Rolle als Oppositionspartei im Bund und in den neuen Bundesländern nicht ausreichend gewachsen. Sie hat es nicht vermocht, für viele Menschen die Alternative zu sein, die von ihr erwartet wurde. Dies gilt auch für die Länder, in denen die SPD in der Verantwortung ist (siehe Berlin und Brandenburg). Die Stärke der PDS zeigt gleichzeitig auch die Schwäche der SPD. Diese Schwäche der SPD wird sich fortsetzen, wenn die SPD es nicht schafft, eine klare Trennlinie zur PDS aufzubauen.

Wenn die PDS sich als linke Alternative etablieren kann, wird sie sich immer als die bessere Opposition darstellen. Die SPD versucht jetzt, der CDU die Schuld für die Stärke der PDS zuzuschieben. Es ist aber absurd, daß die CDU, die in den meisten Fällen in der Verantwortung steht, gleichzeitig auch noch in der Demokratie das Oppositionsbedürfnis der Menschen befriedigen soll. Es ist natürlich, daß in einer so schwierigen

Phase wie der Schaffung der inneren Einheit die CDU nicht bei allen Menschen Zufriedenheit erreichen kann. Es wäre die Aufgabe der SPD, diese Unzufriedenen in die Demokratie einzubinden. Dies ist ihr bislang nicht gelungen und hat dazu geführt, daß die PDS nach wie vor relativ stark ist.

● **Was müssen wir als CDU tun ?**

Die PDS ist weniger die Partei der Ewiggestrigen in dem Sinne, daß ihre Mitglieder dem vergangenen System des real existierenden Sozialismus anhängen. Sie ist vielmehr eine Partei, die im Sinne des Ewiggestrigen an der Vision des Sozialismus oder Kommunismus auf neue Art festhält. Für das Wirtschaftssystem, das Sozialsystem und im Hinblick auf die Übermacht des Staates in unserer Gesellschaft hätte dies gravierende Folgen.

Die CDU muß den Beschluß des Düsseldorf Bundesparteitages zur Unvereinbarkeit der Zusammenarbeit mit der PDS in aller Klarheit umsetzen. Auch auf kommunaler Ebene können Mitglieder der PDS nicht von der Gesamtprogrammatisierung der Partei getrennt werden. Diese setzt darauf, daß durch aktives Mitmischen in allen Bereichen der Gesellschaft die Menschen die eigentlichen Ziele der PDS erst einmal nicht erkennen. Wie sie selbst in ihrem Strategiepapier sagt, will sie sich „mit einem linken und oppositionellen Profil im Wahlkampf den Alltagsfragen der Menschen auf eine populäre Weise zuwenden, um auch Menschen außerhalb des bestehenden linken Spektrums anzusprechen. Damit würden Voraussetzungen entstehen bzw. erweitern, um den Einfluß und die Basis einer sozialistischen Linken für die Zukunft auszubauen“. Die Ideologie der PDS wird bestimmt von wenigen, die alle der marxistischen Vision nicht abgeschworen haben.

● Die CDU muß aktiver, als dies bisher geschieht, im vorpolitischen Raum arbeiten. Es muß uns gelingen, im vorpolitischen Raum aktiver auf die Menschen zuzugehen und die Politik der CDU zu erläutern. Dies darf nicht nur in Wahlkampfzeiten geschehen, sondern muß kontinuierlich vorbereitet werden.

● Es ist unsere Aufgabe als demokratische Partei, die Menschen anzusprechen und ihnen aktive Gestaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Es ist auch unsere Aufgabe, ihre Lebensverhältnisse so zu gestalten, daß sie sich in den ihnen zur Verfügung stehenden Wohngebieten heimisch fühlen. Dies gilt sowohl für die Jugendarbeit, dies gilt aber auch für soziale Anlaufpunkte in den Neubaugebieten. Die gesamte Wohnstruktur ist nicht darauf ausgerichtet, hier soziales Leben stattfinden zu lassen. Um so wichtiger ist es, daß durch Treffpunkte, Gaststätten, Vereine, durch gesellschaftliche Aktivitäten, kulturelle Möglichkeiten hier gleichwertige Lebensbedingungen wie in gewachsenen Strukturen geschaffen werden.

Eine schwache SPD, die mit sozialistischen Visionen in großen Teilen offensichtlich doch nicht abgeschlossen hat, und eine PDS, die durch einen scheinheiligen Kurs volkstümlicher Opposition die Grundlagen dafür schafft, daß marxistische Ideen wieder salonfähig werden, wären für die Bundesrepublik Deutschland eine katastrophale Zukunftsperspektive. Dies muß mit allen Kräften verhindert werden. Für die CDU ist es nunmehr notwendig, eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen.

**Wir müssen deutlich machen:
Bei den Wahlen 1994 geht es
um eine Richtungsentscheidung
für unser Land.**

Rainer Eppelmann:

Wir müssen uns eindeutig abgrenzen

Schaut man sich die „Wahlerfolge“ der Nachfolgepartei der SED genauer an, wird man schnell feststellen: Die PDS bekam bei der Europawahl zumeist in jenen Regionen und Stadtteilen besonders viele Stimmen, wo es schon immer eine hohe Konzentration der SED-Kader gab.

Selbstverständlich übersehe ich nicht die Stimmen derer, die aus Protest PDS gewählt haben, weil sie sich von den Veränderungen überfordert fühlen. Diesen Menschen werden die Vertreter der demokratischen Parteien erklären müssen, daß die heutigen Schwierigkeiten eine Erblast der SED sind. Der Schaden, den die SED-Diktatur in der Wirtschaft, der Umwelt und vielen anderen Bereichen angerichtet hat, geht in die Milliarden.

So etwas läßt sich nicht von heute auf morgen korrigieren. Aber wir haben schon bedeutende Erfolge erzielt. Überall in den ostdeutschen Ländern wird das Bild der Städte verändert durch neue Dächer, renovierte und neuausgestaltete Schulen, Krankenhäuser, Altersheime, Verwaltungsgebäude, Kulturdenkmäler und instand gesetzte Straßen. Viele andere Verbesserungen, etwa im Gesundheits- und Schulwesen oder bei den Renten, fallen nicht so ins Auge. Sie bestimmen aber schon heute das Leben vieler Menschen. Das alles müssen wir der Mißwirtschaft der SED gegenüberstellen, die im Herbst 1989 zum Konkurs gezwungen wurde. Wir wären töricht, wenn wir denen nochmals eine Chance geben würden, die ihr Land über 40 Jahre hinweg ruiniert haben.

Jeder Abschied von etwas Vertrautem bedeutet Schmerz, auch wenn dieses durch Besseres ersetzt wird. Es wird heute oft von „DDR-Nostalgie“ gesprochen. Ich möchte mit diesem Begriff sehr vorsichtig umgehen. Es ist gut, wenn die Menschen aus der untergegangenen DDR darauf bestehen, daß ihre Lebensleistung, die sie trotz der SED beruflich und privat schufen, respektiert wird. Schlecht aber ist es, wenn die gegenwärtigen Schwierigkeiten dazu führen, daß

Beitrag des Vorsitzenden der Enquete-Kommission für die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ vom 1. Juli.

Menschen sagen: In der DDR war alles doch einfacher und sicherer. Ihnen müssen wir erklären, was wir erreichen wollen und was wir schon geschafft haben. Wir müssen eindringlich davor warnen, sich erneut auf die Vertreter der SED-Ideologie einzulassen.

Worum es geht, werden die Menschen nur verstehen, wenn es uns gelingt, sie an der politischen, moralischen und historischen Aufarbeitung der SED-Diktatur zu beteiligen. Wir haben in der Enquete-Kommission des Bundestages für die Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Aber das reicht nicht. Ich wünsche mir, daß

Bundesstiftung „Mutter und Kind“ besteht zehn Jahre

Mehr als 800.000 Frauen in Not erhielten individuelle Hilfe

Die Bundesstiftung „Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens“ besteht zehn Jahre. Die Stiftung wurde am 13. Juli 1984 gegründet. Seitdem hat sie mehr als 800.000 schwangeren Frauen in finanziellen Notlagen geholfen. In den vergangenen zehn Jahren sind insgesamt 1,3 Milliarden DM an Bundesmitteln für die Stiftung bereitgestellt worden.

Die Stiftung hat in den zehn Jahren ihres Bestehens wesentlich dazu beigetragen, schwangeren Frauen in materiellen Notlagen das Ja zu ihrem Kind zu erleichtern, erklärte Bundesfamilienministerin Hannelore Rönsch.

Seit Errichtung der Bundesstiftung wird nicht nur von zusätzlichen Hilfen für Schwangere geredet, sondern ganz konkret etwas getan. Zahlreiche Frauen, die sich in einer besonders schwierigen Situation befanden, konnten mit Mitteln der Stiftung unterstützt

werden. Auch in Zukunft wird die Bundesstiftung die gesetzlichen Hilfen ergänzen und individuelle Hilfe für werdende Mütter ermöglichen: Die Stiftungsmittel von derzeit 180 Millionen DM werden im nächsten Jahr auf 200 Millionen DM erhöht.

Die Bundesstiftung „Mutter und Kind“ — Schutz des ungeborenen Lebens“ dient dem Schutz des ungeborenen Lebens, indem sie werdenden Müttern hilft, Problem- und Notsituationen zu überwinden und eine Perspektive für das Leben mit dem Kind zu sichern. Die Hilfe der Stiftung ist eine ergänzende Hilfe, die dann greift, wenn gesetzliche Hilfen allein nicht ausreichen, einer konkreten Notlage gerecht zu werden. Die Hilfen werden individuell und unbürokratisch gewährt. Sie werden nicht auf Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld, Wohngeld und andere Sozialleistungen angerechnet, sondern zusätzlich zu ihnen gezahlt.

Volkshochschulen und Kirchengemeinden, Vereine und Ortsgruppen der Parteien diese Aufarbeitung wagen.

Wenn die Menschen sich ganz konkret der Frage stellen: „Was hat die SED-Diktatur mir, meinen Freunden und Nachbarn, meiner Gemeinde, der Natur und unserem Land angetan?“, wenn sie das tun, hat die PDS keine Chance mehr! Ich bin sicher: Die PDS als Nachfolgeorganisation der SED ist ein politisches Auslaufmodell. Die PDS bietet sich den Menschen zu Ausverkaufspreisen an und verpricht allen alles. Ich kann da nur war-

nen: Wer zu billig einkauft, der betrügt sich selber!

Für die Vertreter der demokratischen Parteien muß es selbstverständlich sein: Mit den Erben der Honeckers, Mielkes und Schalck-Golodkowskis darf es keine, auch keine vorübergehenden Gemeinsamkeiten geben! Diese politische Klarheit sind wir den Menschen schuldig. Je eindeutiger wir uns von der PDS abgrenzen, desto schneller wird diese Nachhut der SED-Diktatur zu jener Bedeutungslosigkeit herabsinken, die sie in unserem demokratischen Staat verdient. ■

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts:

„Out-of-area-Einsätze“ der Bundeswehr sind verfassungskonform

Letzte Woche hat der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes sein abschließendes Urteil in der Frage der „Out-of-area“-Einsätze der Bundeswehr verkündet. Demnach sind die zur Verhandlung anstehenden drei UN-Einsätze deutscher Streitkräfte in der Adria, in den AWACS-Überwachungsflugzeugen der NATO und in Somalia durch das Grundgesetz gedeckt. Mit der Bestätigung des außen- und sicherheitspolitischen Kurses der Union hat das Bundesverfassungsgericht den Schlußstrich unter eine seit drei Jahren schwelende politisch-rechtliche Auseinandersetzung gezogen. Grund genug, um eine kurze Rückschau zu halten.

Bis zum Ende des Ost-West-Konfliktes hatten sich sämtliche Bundesregierungen eine besondere Zurückhaltung auferlegt, wenn es um die Frage einer bundesdeutschen Teilnahme an internationalen Friedenseinsätzen ging. Genauer gesagt, ist diese Frage nie aufgetaucht, da sowohl unsere NATO-Partner als auch die Führungsriegen des Ostblocks diese militärische Zurückhaltung der Bundesrepublik Deutschland akzeptierten und in einer gewissen Weise auch erwarteten — zum einen aus historischen Gründen und andererseits wegen der besonderen geostrategischen Lage der beiden deutschen Staaten.

Diese Erwartungshaltung änderte sich aber schlagartig nach der Wiedervereinigung und dem Ende der Blockkonfrontation. Die neuen Vorstellungen über die gewachsene internationale Verantwor-

tung Deutschlands wurden erstmals während des zweiten Golfkrieges von Seiten unserer westlichen Verbündeten artikuliert.

Schon während und unmittelbar nach dem Golfkrieg stellte sich die Bundesregierung den neuen internationalen Aufgaben und entsandte ein Alpha-Jet-Geschwader der Luftwaffe in die Türkei sowie eine Einheit von Minensuchbooten in den Arabisch-Persischen Golf. Die

Wahlkampf-Argumente



deutsche Sozialdemokratie kämpfte unterdessen um die eigenen sicherheitspolitischen Positionen, bis sich der Pazifistenflügel in der SPD schließlich durchsetzte.

Zumindest die Minensuchboote im Golf — unzweideutig „out-of-area“, also außerhalb des NATO-Bündnisgebietes — hätten die SPD schon 1991 veranlassen müssen, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Nichts dergleichen geschah; auch nicht, als deutsche Soldaten 1992 erstmals in der Geschichte der Bundeswehr direkt an einem UN-Einsatz teilnahmen. Hierbei handelte es sich um die als die „Engel von Phnom Penh“ bekannt gewordenen Sanitäter im UNTAC-Hospital in Kambodscha.

CDU wurde bestätigt – SPD kommt um außenpolitisches Godesberg nicht herum

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Bundeswehreinräsen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt die Position der CDU. Unser Grundgesetz läßt die Teilnahme Deutschlands an Maßnahmen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen zu. Hierzu haben wir eine moralische Pflicht. Die Haltung der SPD ist politisch, juristisch und nicht zuletzt moralisch nicht zu rechtfertigen.

Nur drei Monate vor der Bundestagswahl zeigt sich, daß die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD auf dem Treibsand konstru-

ierter Verfassungsvorbehalte gebaut waren. Sie muß jetzt im Interesse Deutschlands ihre Haltung zu den Aufgaben von NATO, WEU und Vereinten Nationen grundlegend überdenken. Die bisherige SPD-Position des „ohne mich“ würde Deutschland bei seinen Partnern isolieren und unserem Land schweren Schaden zufügen. Die SPD wird um ein außenpolitisches Godesberg nicht herumkommen.

Wenn sich die SPD aber den politischen Konsequenzen des Verfassungsurteils verweigert, verabschiedet sie sich endgültig aus der politischen Mitte. SPD, Grüne und PDS bilden dann eine gemeinsame Linksfront der Verweigerung.

Erst der am 22. Juli 1992 getroffene Beschluß der Bundesregierung, sich mit drei Seeraumüberwachungsflugzeugen und einem Schiff der Bundesmarine an den NATO/WEU-Maßnahmen zur Überwachung des UN-Embargos gegen Gesamt-Jugoslawien (UN-Sicherheitsrats-Resolutionen Nr. 713 und Nr. 757) im Mittelmeer zu beteiligen, führte zur ersten Verfassungsklage der SPD-Bundestagsfraktion. Diese Klage stellte zugleich den eigentlichen Verhandlungsgegenstand dar, der zum Urteil am 12. Juli 1994 führte.

Am 3. April 1993 beschloß das Bundeskabinett mit den Stimmen der CDU/CSU-Mehrheit eine Beteiligung deutscher Soldaten an der von der UNO beschlossenen militärischen Durchsetzung des Flugverbotes über Bosnien. Der Koalitionspartner FDP stimmte dagegen, da nach ihrer Meinung für die Teilnahme der Bundes-

wehr an Kampfaufträgen eine Änderung des Grundgesetzes nötig gewesen wäre. Die FDP stellte — zusammen mit der SPD — einen Antrag auf einstweilige Verfügung, der jedoch vom Bundesverfassungsgericht mit der Begründung abgelehnt wurde, Deutschland erleide durch eine Nicht-Beteiligung an dem NATO-Auftrag außenpolitischen Schaden! In der Tat wäre die Bündnisfähigkeit Deutschlands gänzlich in Frage gestanden, hätten wir unsere Soldaten aus den AWACS-Aufklärungsflugzeugen abgezogen.

Am 12. April 1993 um 13.00 Uhr startete die NATO im UNO-Auftrag die militärische Überwachung des Luftraums über Bosnien. Damit begann der erste Kampfauftrag in der Geschichte der NATO.

Den letzten Antrag auf einstweilige Verfügung stellte die SPD kurz nach dem

Beschluß der Bundesregierung vom 21. April 1993, die humanitäre Hilfsmission der UNO in Somalia (UNOSOM II) mit einem verstärkten Nachschub-Transportbataillon zu unterstützen. Zwei Monate später versuchten die Sozialdemokraten erneut, die humanitäre Hilfe der Bundeswehr (ohne jeden Kampfauftrag!) in einer befriedeten Region Somalias zu verhindern, indem die SPD-Bundestagsfraktion am 17. Juni 1993 einen Entschließungsantrag zur Beendigung des Somalia-Einsatzes der Bundeswehr im Parlament einbrachte.

Beide Anträge der SPD diskreditierten die Hilfeleistungen, die unsere Soldaten der somalischen Bevölkerung in Belet Uen zukommen ließen, als „Verfassungsbruch“. Damit nahm die SPD billigend eine tiefe Verunsicherung innerhalb der Bundeswehr in Kauf. Nachdem das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 23. Juni 1993 den Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt und die Entscheidung über den Einsatz an den Deutschen Bundestag zurückverwiesen hatte, war für die SPD der Vorwurf des „Verfassungsbruchs“ nicht mehr haltbar. Es gilt nun abzuwarten, ob die SPD jetzt die politischen Konsequenzen aus dem abschließenden Urteil der vergangenen Woche zieht. Sie muß beweisen, daß sie lernfähig und einsichtig genug ist, das

Urteil als Niederlage in einer wichtigen Grundsatzfrage zu akzeptieren und dies mit neuen, realistischeren Parteitagebschlüssen dokumentieren.

Die CDU hat bereits ihre Konsequenzen aus dem Urteil gezogen. Mit der Vorlage einer konkret formulierten Verfassungsklä rung haben wir schon im vergangenen Jahr unsere Bereitschaft zu einer politischen Lösung der „Out-of-area“-Frage demonstriert. Dieses Angebot an die SPD ist mit dem Urteil hinfällig geworden. Einsätze der Bundeswehr im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme, die der Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens in der Welt dienen, stehen im Einklang mit unserem Grundgesetz. Die Maßgabe des Bundesverfassungsgerichtes, daß ein Einsatzbeschluß der Bundesregierung der Zustimmung durch den Deutschen Bundestag bedarf, wird von der CDU ausdrücklich begrüßt.

Zugleich betrachtet die CDU das Urteil des Bundesverfassungsgerichts keineswegs als einen Freibrief für die Beteiligung der Bundeswehr an jeglichen militärischen „Out-of-area“-Einsätzen. Hauptauftrag der Bundeswehr ist und bleibt die Landesverteidigung. Daher muß jede Entscheidung über eine Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Friedensmissionen einer gründlichen Einzelfallprüfung unterzogen werden. ■

EINE GUTE ENTSCHEIDUNG. *Als eine gute Entscheidung für die europäische Einigung im Hinblick auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten), Hans Gert Pöttering, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bezeichnet. Deutschland könne nun „mit gleichen Rechten und Pflichten“ an der Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten in Europa und der Welt teilnehmen. Pöttering wies darauf hin, daß deutsches Handeln im Rahmen der UNO wichtig sei. „Sollte jedoch die UNO ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, so sollte nach der Möglichkeit gesucht werden, im Rahmen der Europäischen Union zu handeln. Für Europa ist die Entscheidung der Karlsruher Richter von großer Bedeutung“, erklärte Pöttering.*

Neues Sportprogramm der CDU

Arbeit der Vereine fördern und das Ehrenamt aufwerten

Generalsekretär Peter Hintze hat in Bonn zusammen mit dem Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Sport, Ferdi Tillmann, sowie den Sportprominenten aus dem Sportausschuß, Ingrid Mickler-Becker, Reiner Klimke und Michael Sauer, das neue Sportprogramm der CDU vorgestellt.

Der Generalsekretär verwies auf die langjährige erfolgreiche Arbeit des Bundesfachausschusses Sport der CDU, der mit diesem neuen Programm das vierte seit Gründung des Ausschusses im Jahre 1968 vorlegt: Mit Manfred Wörner sei 1968 der Bundesfachausschuß Sport gegründet. Wolfgang Schäuble habe den Ausschuß von 1977 bis 1985 geleitet. In seine Amtszeit fallen wichtige sportpolitische Aktionen der CDU, insbesondere die Vorarbeiten zum Vereinsförderungs-gesetz, das unter dem derzeitigen Vorsitzenden, Ferdi Tillmann, schließlich habe realisiert werden können.

Hans Evers, von 1969 bis 1977 in diesem Amt des Bundesfachausschusses Sport, habe in den letzten Jahren als Vorsitzender der Programmkommission wesentliche Akzente für das neue Sportprogramm der CDU gesetzt.

Im Mittelpunkt dieses ersten Sportprogramms für das vereinte Deutschland stehe der Verein, der ohne Ehrenamt nicht denkbar wäre. Die CDU wolle daher die Arbeit der Sportvereine fördern und das Ehrenamt unterstützen und aufwerten. Sport sei eine große gesellschaftliche Kraft, die positiv gegen das Defizit an Gemeinsinn wirke.

Die CDU wolle auch weiterhin den Spitzensport fördern und den Sport im Kampf gegen Doping und Manipulation unterstützen. Sie setze sich für eine humane Entwicklung im Spitzensport ein.

Der Präsident des Deutschen Sportbundes, Hans Hansen, sagte bei der Vorstellung des Sportprogramms

u. a.:

Dieses Programm der CDU ist eine ausgezeichnete Bestandsaufnahme des Sports in der Bundesrepublik Deutschland. Ich bin der Auffassung, daß der Deutsche Sportbund, die Spitzenverbände und die Landessportbünde mit diesem Programm gut leben können. Dieses Programm geht in einer sehr umfangreichen Art auf die Organisationsform des Deutschen Sports ein und — das ist wichtig für ein Programm — weist auch Wege in die Zukunft. Das Programm macht auch deutlich, wie die Sportsituation in den Bundesländern, aber auch in den Kommunen, verbessert werden kann. Ich halte es für gut, daß gewisse Perspektiven aufgezeichnet werden. Perspektiven, die realistisch sind, Perspektiven, die auch der Sport anpeilen muß und Perspektiven, bei denen uns die politischen Parteien unbedingt unterstützen müssen.

Dieses CDU-Sportprogramm ist nicht nur eine Darstellung des Ist-Zustandes, sondern macht auch deutlich, wie die Situation des Sports in Deutschland, im Westen Deutschlands, aber ebenso sehr in den neuen Bundesländern verbessert werden kann. Ich halte es für interessant und unterstütze insbesondere die pro-

grammatischen Aussagen zum Goldenen Plan Ost. Dieser Goldene Plan Ost ist ein bedeutendes Mittel für die Integration der Menschen mit denen aus den neuen Bundesländern, weil über den Sport eine Integrationschance gegeben ist.

Ich finde es gut, daß das Sportprogramm der CDU sich ausdrücklich zum Goldenen Plan Ost bekennt. Dies ist auch ein Anzeichen dafür, daß wir — wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen sich verbessert haben — noch mehr tun können, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Ich begrüße ausdrücklich, daß der Bundeskanzler im Gespräch mit Walter Tröger und mir hierzu eine klare Position bezogen hat, die er auch in der Zwischenzeit umgesetzt hat.

Ich halte es für gut, daß die Diskussion seit mehr als zwanzig Jahren über das Thema Sport und Umwelt ihren Niederschlag im Programm gefunden hat. Es ist eine realistische Darstellung der Situation, und ich halte es auch für richtig, daß das Thema Sport und Gewalt einbezogen worden ist, wobei ich mir persönlich gewünscht hätte, daß in dem Programm auch deutlich gemacht worden wäre, daß es der Sport gewesen ist, der sich seit Jahrzehnten mit dem Thema „Sport und Gewalt“ auseinandergesetzt hat, der auf diesem Gebiet vieles getan hat, genau so, wie er vieles getan hat, was die Integration von ausländischen Mitbürgern anbetrifft.

Die Integration von ausländischen Mitbürgern ist keine neue Aufgabe des Sports. Schon als die ersten ausländischen Mitbürger in den sechziger Jahren nach Deutschland gekommen sind, hat es der Sport als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, die Integration dieser ausländischen Mitbürger vorzunehmen. Vielleicht hat der Sport hier den großen Fehler gemacht, Gutes zu tun und zu wenig darüber zu reden. Ich begrüße ausdrück-

lich, daß der Verein im Mittelpunkt aller Überlegungen dieses Sportprogramms steht. Wir haben 81.000 Vereine in Deutschland mit 24,3 Mio Mitgliedern. Wenn es diesen Verein nicht gäbe, dann würde der Sport in Deutschland nicht diese Position haben, wie er sie zur Zeit hat.

Ich nehme gern zur Kenntnis, daß der Sport in den Kindergärten und auch in den Schulen als eine herausragende Aufgabe dargestellt wird. Ich begrüße auch, daß auch durchgängig die Leistung und die Bereitschaft, Leistung zu zeigen, als eine der Voraussetzungen für den Sport in allen Altersgruppen in diesem Programm gemacht wird.

Es tut einem Präsidenten des Deutschen Sportbundes immer gut, wenn er liest, daß ausdrücklich die Autonomie des Sports auf allen Ebenen auch als Forderung der CDU ausgewiesen wird. Das Sportprogramm ist gut, lesenswert und interessant. Es sagt das, was für die Zukunft möglich ist. Es sollte nach meiner Auffassung aber nicht im Konrad-Adenauer-Haus bleiben, sondern über die Landesparteien und auch über die Parteien vor Ort an die Bevölkerung, an die Mitglieder der Sportvereine und an die Verantwortlichen des Sports herangebracht werden.

Kann sich sehen lassen

Ich möchte deshalb der CDU empfehlen, dieses Programm nicht per Postwurfsendung an 81.000 Vereine zu schicken, sondern die Landesparteien aufzufordern, in Sportkongressen dieses Sportprogramm der CDU zur Diskussion zu stellen. Dies ist ganz wichtig.

Die CDU kann sich meiner Auffassung mit ihrem Sportprogramm sehen lassen. Sie kann mit diesem Programm auch in den Bundesländern bestehen und, wenn sie es richtig angeht, für den Sport insgesamt Wichtiges leisten. ■

Asylbewerberzahlen im Juni 1994

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wurden im Juni 1994 8.904 Personen (Vormonat: 9.287) in der Geschäftsstatistik registriert.

Damit ist die Zahl der Asylbewerber zum dritten Mal hintereinander deutlich unter 10.000 geblieben (Mai: 9.287; April: 8.789). Gegenüber dem Vormonat ist die Zahl der Asylbewerber um 383 Personen (= 4,1 Prozent) gesunken. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (Juni 1993: 31.123 Personen) ist sie um 22.219 Personen (= 71,4 Prozent) zurückgegangen.

Auf die Staaten Ost- und Südosteuropas entfielen im Juni 1994 3.771 Asylbewerber. Das sind 42,4 Prozent aller Asylbewerber. Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber betrug 58,3 Prozent (5.188 Personen).

Aus dem ehemaligen Jugoslawien stammen im Juni 1994 insgesamt 2.269 Asylbewerber. 73 Personen kamen aus Makedonien (Vormonat: 65), 65 aus Kroatien (Vormonat: 46), 1 aus Slowenien (Vormonat: 0), 453 aus Bosnien-Herzegowina (Vormonat: 444) und 1.677 aus Restjugoslawien (Vormonat: 2.568).

Im Monat Juni 1994 hat das Bundesamt über die Anträge von 32.111 Personen (Vormonat: 28.975) entschieden. Als Asylberechtigte anerkannt wurden 2.438 Personen (7,6 Prozent). Abgelehnt wurden die Anträge von 22.516 Personen (70,1 Prozent); davon erhielten 2.227 Personen (= 9,9 Prozent der Ablehnungen bzw. 6,9 Prozent aller Entscheidungen) Abschiebeschutz nach § 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes. Sonstwie erledigt wurden die Anträge von 7.157 Personen (22,3 Prozent).

Anlässlich des einjährigen Inkrafttretens der neuen Asylregelungen erklärte Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Die vorgelegten Zahlen verdeutlichen eindrucksvoll, daß die Neuregelungen des Asylrechts sich bewährt und zu einer positiven Entwicklung geführt haben. Der Asylkompromiß des vergangenen Jahres trägt zum Erhalt des inneren Friedens bei und wirkt befriedigend nach innen und klarstellend nach außen. Notwendigkeit und Richtigkeit der Neuregelungen werden damit nachhaltig bestätigt.

Diese Entwicklung ist im wesentlichen zurückzuführen auf:

- Die Anwendung der Drittstaatenregelung im Zusammenwirken mit einer intensiv verbesserten Grenzsicherung durch den Bundesgrenzschutz insbesondere an den deutschen Ostgrenzen.
- Die Regelung über sichere Herkunftsstaaten.
- Die sogenannte Flughafenregelung.
- Die Einführung des AFIS-Systems beim Bundeskriminalamt.
- Die vermehrte Zahl der Abschiebungen.
- Die bisher geschlossenen Rückübernahmeabkommen mit Nachbarstaaten sowie Herkunftsstaaten (Polen, Schweiz sowie Rumänien und Kroatien).
- Das Asylbewerberleistungsgesetz vom 1. November 1993, mit dem eine Umstellung von Geld- auf Sachleistungen an Asylbewerber erfolgte.

Auch wenn die Zahl der Asylbewerber erfreulich zurückgegangen ist, ist bei einer Anerkennungsquote im Verwaltungsverfahren mit 6—7 Prozent und rund 10.000 Anträgen monatlich im ersten Halbjahr 1994 die Zahl der unberechtigten Asylbewerber noch zu hoch. ■

Das Grundgesetz behutsam fortentwickelt, den bewährten Rahmen nicht beschädigt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 30. Juni 1994 war ein guter Tag für unsere Verfassung, für unsere Demokratie, für unser Land insgesamt.

Wir haben ein umfangreiches Programm zur Anpassung unserer Verfassung an veränderte Verhältnisse gut zu Ende gebracht, das sich aus den Vorgaben des Einigungsvertrages, den Notwendigkeiten auf dem Weg zur Europäischen Union und der Sicherung des Standortes Deutschland im Blick auf die Herausforderungen der Zukunft ergab. Aber wir haben dabei unser Grundgesetz als Ganzes bewahrt und haben vor allem als Union geschlossen unter Beweis gestellt, daß wir die Kraft besitzen, es vor modischen Experimenten zu bewahren und uns voreiligen Reverenzen an den Zeitgeist zu widersetzen.

Das Grundgesetz ist seit 1990 die Verfassung des vereinten Deutschland. Es hat sich in über 45 Jahren bewährt, und die Menschen in der ehemaligen DDR haben sich in ihrer großen Mehrheit für den Beitritt zum Grundgesetz entschieden.

Es ist auch gut, daß in einer Zeit, in der viele und große Veränderungen zu mancherlei Unsicherheiten und Instabilitäten führen, unser bewährtes Grundgesetz einen verlässlichen Rahmen für unsere politischen Auseinandersetzungen und für unseren demokratischen Rechtsstaat sicherstellt. Deshalb kam für die CDU/

CSU eine Totalrevision des Grundgesetzes nicht in Frage.

Im Vorgriff auf die nunmehr erfolgten Entscheidungen haben wir bereits in den vergangenen zwei Jahren einige wichtige Verfassungsänderungen vorgenommen.

Dazu gehört zum einen die Neuregelung des Asylrechts (Art. 16, 16a, 18 GG), mit der es uns gelungen ist, die vorher unkontrollierbare Zuwanderung weitgehend einzuschränken und gleichzeitig den

Wolfgang Schäuble an die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Schutz politisch Verfolgter weiterhin zu gewährleisten.

Mit den Grundgesetzänderungen im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht (Art. 23, 24, 28 u. a. GG) haben wir uns für ein Europa mit demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen entschieden, das auch dem Grundsatz der Subsidiarität entsprechen und einen dem Grundgesetz vergleichbaren Grundrechtsschutz gewährleisten muß. Gleichzeitig haben wir auf dem Weg zu einem vereinten Europa die demokratische Kontrolle durch Bundestag und Bundesrat gestärkt, allen Bürgern der EU ein kommunales Wahlrecht in Deutschland gewährt und die Errichtung einer unabhängigen europäischen Notenbank nach

dem Muster der Deutschen Bundesbank ermöglicht.

Schließlich haben wir mit den drei Grundgesetzänderungen über die Privatisierung von Flugsicherung, Bahn und Post (Art. 87, 87d, 87e GG) einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Entbürokratisierung und vor allem zur nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit getan. Die Infrastruktur in diesen Bereichen ist dadurch weit über die Jahrtausendwende hinaus gesichert. Weitere Schritte werden noch folgen müssen. Hierbei sei nur an die Privatisierung der Bundesfernstraßen gedacht.

Grundstruktur erhalten

Weitere notwendige Anpassungen unserer Verfassung haben wir nun auf Grundlage der Beschlüsse der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat beschlossen. Dabei haben wir uns auf Änderungen beschränkt, die die bewährte Grundstruktur unseres Grundgesetzes erhalten.

So haben wir uns für eine Ergänzung um zwei wichtige Staatszielbestimmungen entschieden, nämlich für die staatliche Förderung der Gleichberechtigung von Frau und Mann (Art. 3 Abs. 2 GG) sowie für den Umweltschutz (Art. 20a GG).

Zwar enthält unser Grundgesetz schon jetzt das Gebot der Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Es ist jedoch unbestreitbar, daß Frauen, etwa im Berufsleben, tatsächlichen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

Die Bewahrung der Schöpfung ist für die Menschen unverzichtbar. Die sich heute ergebende ökologische Herausforderung an den Staat war bei Schaffung des Grundgesetzes noch nicht absehbar. Mit der jetzt gefundenen Vorschrift wird der Bedeutung des Umweltschutzes Rechnung getragen. Sie umfaßt auch den Tier-

schutz. Diese Regelung billigt dem Umweltschutz jedoch keinen einseitigen Vorrang vor anderen wichtigen Gütern zu. Er wird vielmehr in die Gesamtheit der verfassungsmäßigen Ordnung eingebettet.

Ebenso wichtig ist auch der erzielte Schutz Behinderter vor Diskriminierung (Art. 3 Abs. 3 GG). Zwar sind die Belange der Behinderten bereits durch geltendes Verfassungsrecht berücksichtigt. Angesichts der Rücksichtslosigkeit gegenüber Behinderten, wie in letzter Zeit zu beobachten, soll die ausdrückliche Anerkennung eines Diskriminierungsschutzes im Text des Grundgesetzes das Bewußtsein für die Anliegen Behinderter in der Gesellschaft schärfen.

Schließlich haben wir auch die ersten Schritte auf dem Weg zur Stärkung des Föderalismus getan. Allerdings wurde nicht alles, was wir uns für die Neugestaltung des Verhältnisses von Bund und Ländern vorgenommen haben, in der Kürze dieser Wahlperiode erreicht. Dies wird Aufgabe des kommenden Bundestages sein.

Viele Wünsche und Vorschläge, die in der Diskussion der Gemeinsamen Verfassungskommission geäußert wurden, waren eher geeignet, unser Grundgesetz zu verschlechtern, statt es zu verbessern.

Zuständigkeit begrenzt

Die SPD setzte sich für Staatsziele wie „Recht auf Arbeit“ oder „Recht auf Wohnung“ ein. Die Menschen würden solche Staatsziele als Versprechen mißverstehen, daß der Staat jedem einzelnen Arbeit oder Wohnung bereitstellen müßte. Das aber kann der freiheitliche Staat der sozialen Marktwirtschaft nicht. Denn seine Zuständigkeit ist absichtlich begrenzt, weil man weiß, daß öffentliche Verwaltung viele Lebensbedürfnisse viel

schlechter als private Initiative erfüllen kann. Außerdem würden die, die sich darum zu kümmern haben — etwa die Tarifpartner — derartige Rechte in der Verfassung als Aufforderung verstehen müssen, sich bequem zurückzulehnen und die Verantwortung allein dem Staat zu überlassen. Dies würde jeden Staat überfordern. Wohin der Versuch führt, haben wir in der DDR gesehen.

Dadurch, daß der jetzt in Art. 20a GG verankerte Schutz der „natürlichen Lebensgrundlagen“ auch Tiere erfaßt, bestand für ein gesondertes Staatsziel zu ihrem Schutz keine Notwendigkeit.

Durch diese Neuregelung und durch das Tierschutzgesetz wird in einer sachkundigen und sachgerechten Abwägung mit jeweils definierten anderen Rechtsgütern, z. B. der Forschungsfreiheit, ein wirksamer Tierschutz ermöglicht.

Auch für die von einigen geforderte Regelung des Minderheitenschutzes im Grundgesetz besteht kein Bedarf. Minderheiten wie etwa Dänen und Sorben erhalten in den Landesverfassungen die Grundlage für ihre Entfaltung und die Bewahrung ihrer Identität. Zudem birgt ein weitergehender Minderheitenschutz die erhebliche Gefahr, die Integration von Ausländern zu behindern und zu einer weiteren Zersplitterung unserer Gesellschaft beizutragen, weil die Auswirkungen schwer abzuschätzen sind.

Schutz von Ehe und Familie

Ebensowenig ist es richtig, die nichteheliche Lebensgemeinschaft der Ehe gleichzustellen. Der Staat hat guten Grund, Ehe und Familie auch weiterhin besonders zu betonen und zu schützen. Darin liegt keine Diskriminierung anderer Lebensformen. Wer in anderen Lebensgemeinschaften leben möchte, hat dazu bereits jetzt umfassende Freiheit. Er genießt

insoweit auch grundrechtlichen Schutz: Das verfassungsverbürgte Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit in Art. 2 Abs. 1 GG schützt auch die nichteheliche Lebensgemeinschaft.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern sind durch Art. 6 GG ebenso hinreichend abgesichert. Wesentlicher Grund dafür, den besonderen Schutz von Art. 6 GG auszusprechen, ist die Erziehung von Kindern. Wenn die Erziehung von Kindern in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft geleistet wird, genießt sie insoweit auch diesen besonderen Schutz des Grundgesetzes.

Wahlrecht und Integration

Die Erweiterung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer über den EU-Bereich hinaus haben wir abgelehnt, da hierdurch keine Integration von Ausländern erfolgt. Das Wahlrecht soll vielmehr das Ergebnis der Integration und der damit verbundenen Einbürgerung sein. Wer an der politischen Willensbildung teilnehmen will, muß sich durch Einbürgerung auf Dauer zum jeweiligen Gemeinwesen bekennen. Ansonsten würden zwei Klassen von Ausländern geschaffen.

Aus guten Gründen haben wir uns auch gegen die Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksabstimmung auf Bundesebene ausgesprochen. Das parlamentarisch-repräsentative System hat uns über 45 Jahre politische Stabilität beschieden, die es nicht leichtfertig zu riskieren gilt.

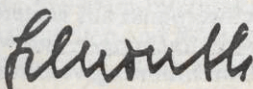
Plebizite können zudem der Vielschichtigkeit und Kompliziertheit der heutigen Staatsaufgaben nicht gerecht werden. Volksabstimmungen über Einzelprobleme verwirklichen allenfalls punktuelle Lösungen anstelle einer abgestimmten politischen Gesamtkonzeption. Die in einer pluralistischen Demokratie erforder-

derliche Kompromißsuche und -findung ermöglicht das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren am besten. Im Gegensatz zur Bundesgesetzgebung sind Volksinitiativen und andere plebiszitäre Elemente auf Länder- oder Gemeindeebene eher praktikabel, weil die Verhältnisse dort überschaubarer und weniger komplex sind. Plebiszite führen letztlich auch zu einer Schwächung föderaler Strukturen. Für eine Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung des Bundes bliebe kein Raum mehr, wenn das Bundesvolk als Gesetzgeber entscheidet.

Schließlich haben wir auch auf den Appell an Mitmenschlichkeit und Gemeinsinn im Grundgesetz verzichtet. Wenngleich dieses Ansinnen vordergründig einen gewissen Charme entfaltet, so widerspricht es doch dem Ziel des Grundgesetzes nach unmittelbarer Anwendbarkeit und Vollziehbarkeit seiner Vorschriften. Damit verbunden ist die Absage an Appelle, auch an Tugendgebote des Staates gegenüber seinen Bürgern. Die Grundlagen für eine mitmenschliche und gemeinsinn-orientierte Wertordnung sind zudem bereits in der geltenden Verfassung enthalten. Das Grundgesetz geht vom Menschenbild eines gemeinschaftsbezogenen und gemeinschaftsgebundenen Individuums aus, was auch in der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seinen Niederschlag gefunden hat.

Mit unseren Entscheidungen haben wir das Grundgesetz behutsam fortentwickelt und darauf geachtet, nicht den bewährten Rahmen zu beschädigen. Deutschland bleibt der demokratische und soziale Bundesstaat, wie ihn die Väter und Mütter des Grundgesetzes wollten.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr


Die Sozialdemokraten im demoskopischen Tief

Der Lack ist ab

Der Kanzler hat knapp drei Monate vor der Bundestagswahl im Oktober allen Grund, optimistisch in die Zukunft zu sehen. Kurz vor der Sommerpause im Bonner Politikzirkus zeigen alle demoskopischen Werte für die Koalitionsparteien nach oben — Helmut Kohl und die Union befinden sich im Aufwind, während sich die Sozialdemokraten mehr und mehr ins Abseits manövrieren. Von der Zuversicht des SPD-Kanzlerkandidaten, die er bei dem Parteitag der SPD in Halle versprüht hatte, ist kaum noch etwas zu spüren: Der Lack ist ab.

Dabei haben die Sozialdemokraten es sich selbst zuzuschreiben, daß sie sich gegenwärtig so tief im demoskopischen Keller befinden. Entscheidend dafür ist zweifellos Scharpings nicht nachvollziehbare rot-grüne Taktiererei in Sachsen-Anhalt. Vor allem im Westen der Bundesrepublik wird die Entscheidung der SPD zugunsten einer Minderheitsregierung in Magdeburg nur mit Kopfschütteln registriert. In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, daß der Bonner Baracke zur Erlangung der Macht jedes Mittel recht ist — selbst eine politische Aufwertung der PDS.

Dabei ist die Argumentation der SPD für ihr Verhalten mehr als brüchig: Selbstverständlich dürfen die PDS-Wähler nicht ausgegrenzt werden. Allen Parteien muß es aber darum gehen, sich klipp und klar von der PDS abzugrenzen. Schon jetzt ist absehbar, daß die SPD den „Volksfront“-Vorwurf nicht mehr loswerden wird — mehr noch: Er wird sich verfestigen.

Handelsblatt

Entlastung der Märkte und Stabilisierung der Einkommen

Unter der Leitung von Reimer Böge MdEP und Eckhard Uhlenberg MdL haben der Bundesfachausschuß „Agrarpolitik“ der CDU und die Agrarsprecher der CDU-Fraktionen in den Länderparlamenten folgenden gemeinsamen Beschluß zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft gefaßt:

Die CDU will in Deutschland eine vielfältig strukturierte, leistungsfähige und umweltverträgliche Landwirtschaft. Mit einer kompetenten Agrarpolitik wollen wir unseren Einfluß im Interesse der deutschen und europäischen Landwirte geltend machen und die besonderen Chancen, die die deutsche Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union bietet, nutzen. Wichtigstes Ziel ist dabei die Entlastung der Märkte und die Stabilisierung der Einkommen in der Landwirtschaft.

Dabei geht es uns um einen effizienteren Einsatz der finanziellen Mittel für den Agrarsektor, um die Förderung einer umweltfreundlichen Wirtschaftsweise, um die Anerkennung der Leistungen der Landwirtschaft für Umweltschutz und Landschaftspflege und um die Förderung der Verwendung landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Nichtnahrungsmittelsektor. Die EU-Agrarreform ist dafür die Ausgangsbasis, die in den Welthandelsvereinbarungen abgesichert ist. Sie muß konsequent weiterentwickelt werden und in eine verlässliche Politik mit klaren Rahmenbedingungen einmünden, die es den deutschen Landwirten erlaubt, ihre Zukunft in Europa zu sichern.

Für die deutsche Ratspräsidentschaft (und die darauf folgenden französischen und spanischen Präsidentschaften) sind

nach Auffassung des Bundesfachausschusses „Agrarpolitik“ der CDU folgende Arbeitsschwerpunkte vordringlich:

● Zukunftsträchtige Marktpolitik mit verlässlichen Rahmenbedingungen

Die Maßnahmen der EU-Agrarreform müssen in Richtung größtmögliche Mengenrückführung in allen Mitgliedsstaaten weiterentwickelt werden. Dies gilt vor allen Dingen für den Rindfleischsektor, für den die bisherigen Beschlüsse unzureichend sind. Um eine effektive Produk-

Mit einer kompetenten Agrarpolitik wollen wir unseren Einfluß im Interesse der Landwirte geltend machen.

tionsrückführung zu erreichen, muß deshalb

- das Sicherheitsnetz bei der Intervention auf den Produktionsausgleich konzentriert werden.
- Die 90-Tier-Grenze für die Prämienzahlung abgeschafft werden, um entwicklungsfähigen Betrieben bessere Chancen zu geben.

Mit der Zahlung nur einer Tierprämie könnte der Verwaltungs- und Kontrollaufwand erheblich reduziert werden.

In allen Bereichen der Reform muß ein besonderer Schwerpunkt auf weiteren Verwaltungsvereinfachungen und wirkungsvollen Durchführungsverordnungen

gen in allen Mitgliedsstaaten liegen. Vorrangig sind:

- die Übertragung der Kompetenz für die Ausgestaltung der Regelung zur anteiligen betrieblichen Flächenstilllegung in den Erzeugungsregionen auf die Mitgliedsstaaten und

- längere Anpassungszeiten für die Landwirte nach Änderungen von Regelungen der europäischen Agrarpolitik.

Für die Zuckerproduzenten müssen mit einer langfristig geltenden Marktordnung Sicherheit geschaffen und die GATT-Verpflichtungen umgesetzt werden. Die Quotenregelung bei Zucker hat sich bewährt und muß daher fortgesetzt werden. Für uns gilt dabei, eventuell notwendige Mengengrenzungen über eine vorsichtige Quotenkürzung, keinesfalls jedoch über sinkende Preise, vorzunehmen.

Die anstehende Reform der Weinmarktordnung der Europäischen Union muß dem Ziel gerecht werden, die Überschusssituation bei Tafelwein zu beseitigen.

Dafür ist es sinnvoll,

- Destillationsmaßnahmen künftig zugunsten nachhaltig wirkender struktureller Maßnahmen, insbesondere verstärkter Rodungen zurückzufahren und

- gleichzeitig regionalen Besonderheiten im Qualitätsweinbereich Rechnung zu tragen und z. B. niedrigere natürliche Mindestalkoholgehalte in den nördlichen Weinbaugebieten und die Möglichkeit der traditionellen Weinanreicherung mit Saccharose dauerhaft zu ermöglichen.

Eine europäische Alkoholmarktordnung — wie sie von der Europäischen Kommission angestrebt wird — ist nicht notwendig. Die deutsche Branntweinregelung ist sowohl mit dem Binnenmarkt als auch mit den GATT-Beschlüssen vereinbar. Sie ist im Interesse unserer mittelständischen und bäuerlichen Alkoholherzeuger und im Interesse des Erhalts einer

vielgestaltigen Kulturlandschaft beizubehalten und zu sichern.

Der fristgerechten Umsetzung der GATT-Verpflichtungen kommt große Bedeutung zu. Die deutsche EU-Präsidentschaft muß deshalb schnellstmöglich die erforderlichen Anpassungen in den Marktordnungen klären. Dabei ist darauf zu achten, daß

- die Exportadministration streng kontrollierbar ist, ohne den bürokratischen Aufwand in die Höhe zu treiben.

- eine Mengenkontrolle auf der Einfuhrseite gewährleistet ist und gerade bei der Einfuhr auf entsprechende Standards der Lebensmittelsicherheit geachtet wird.

In Europa müssen in Zukunft Produkte, die auch ohne Erstattungen auf den Weltmarkt exportierbar sind, ausgebaut werden. Hierfür ist eine konsequente Zusammenarbeit von europäischer Agrarpolitik und europäischer Ernährungswirtschaft notwendig.

● **Gleiche Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Landwirtschaft in Europa und im GATT**

Im Interesse der deutschen Landwirte müssen die Vorschriften beim Tier- und Umweltschutz, beim Pflanzenschutz, bei der Düngung und bei den Futterzusatzstoffen, bei Bauvorschriften, im Lebensmittelrecht und in der Besteuerung in Europa schnell angeglichen werden. Gerade die deutsche Ratspräsidentschaft muß auf gleiche Produktionsbedingungen in Europa und den Abbau wettbewerbsverzerrender Maßnahmen drängen.

Auch müssen im GATT und der künftigen WTO (Welthandelsorganisation) Initiativen ergriffen werden, um im Bereich der nichttarifären Handelshemmnisse, die Umwelt- und Qualitätspolitik der Europäischen Union abzusichern.

Die Standards der Europäischen Union dürfen nicht unterlaufen werden.

Zur Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen für unsere Landwirtschaft ist eine wirksame Anschlußregelung für die Ende 1994 auslaufenden agrarmontären Regelungen unumgänglich. Die deutsche Landwirtschaft muß bis zur endgültigen Einführung einer einheitlichen europäischen Währung vor aufwertungsbedingten Nachteilen wirkungsvoll geschützt sein. Verhandlungsziel muß dabei eine wirkungsvolle Switch-over-Regelung sein, die greift, sobald die deutsche Landwirtschaft durch Währungsverluste belastet wird.

● Für eine flexible Strukturpolitik

Die europäische Strukturpolitik muß in Richtung größerer Flexibilität und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe weiterentwickelt werden. Bisherige Förderobergrenzen sind national und EU-weit zu überprüfen und der weiteren strukturellen Entwicklung anzupassen. Die Fördermittel müssen in Zukunft effizienter und den betrieblichen und regionalen Anforderungen entsprechend besser eingesetzt werden können. Dazu sollen sie gebündelt und vereinfacht werden. Die Vergabe von Fördermitteln muß sich stärker an der nachweisbaren Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen ausrichten. Ein vereinfachter und praxisgerechter Agrarkredit sollte dabei angeboten werden.

Die Finanzierung der sogenannten flankierenden Maßnahmen (Umwelt und Landwirtschaft, Vorruhestand, forstwirtschaftliche Maßnahmen) muß sichergestellt sein. Die Programme stoßen auf eine große Nachfrage in den Mitgliedstaaten. Der Absicht der Kommission, die Mittel zu plafonieren, ist entgegenzutreten.

● Gute Umwelt- und Verbraucherpolitik zur Stärkung des Vertrauens in unsere hochwertigen Agrarprodukte

Nur durch Produktvielfalt und hochwertige Qualität können die Landwirte auf Dauer angemessene Preise erzielen. Es liegt deshalb im Interesse der Landwirtschaft, verbindliche, hohe Standards für den Verbraucher- und Umweltschutz in Europa durchzusetzen. Konkret anzustreben sind:

- eine schnelle Verabschiedung der Richtlinie zur Regelung von Tiertransporten mit hohen tierschutzrechtlichen Anforderungen. Dabei ist die Forderung nach einer strikten zeitlichen Begrenzung von Schlachtviehtransporten nachdrücklich zu vertreten,
- eine Verlängerung des Verbots des Milchleistungshormons BST,
- europaweit einheitliche, wirkungsvolle Regelungen zur Verhinderung der Ausbreitung der neuartigen Rinderkrankheit BSE,
- unverwechselbare, in der ganzen Union geltende produktbezogene Kennzeichnungsregelungen für die sogenannten neuartigen und auch generell für alle hochwertigen Nahrungsmittel,
- aufeinander abgestimmte Regelungen in bezug auf Pflanzenschutzmittel sowohl, was die Zulassung und das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln als auch, was die Bestimmungen über Trink-, Grund- und Oberflächenwasser anbelangt. Eine schlüssige Gesamtkonzeption, die derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnissen Rechnung trägt und klare Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft schafft, muß vorgelegt werden,
- eine Änderung der Frischfleischrichtli-

nie, hinsichtlich der baulichen und Hygieneanforderungen an handwerklich arbeitende kleine Schlachtstellen, da die Übergangsregelung Ende 1994 ausläuft.

● **Neue Konzepte in der europäischen Tierseuchenpolitik**

Das Risiko einer Ausbreitung von Tierseuchen hat sich in einem Europa der offenen Grenzen wesentlich verändert. Es müssen deshalb neue Strategien in der Tierseuchenbekämpfung entwickelt werden. In der Europäischen Union sollte man sich aber bereits jetzt darauf verständigen,

- die Entwicklung von markierten Impfstoffen zu forcieren,
- markierte Impfstoffe — sobald sie vorliegen — im Falle eines Seuchenausbruchs regional einzusetzen, um die Schäden damit in einem begrenzten Umfang zu halten,
- klare Vorgaben für vorbeugende Seuchenbekämpfungsmaßnahmen sowie Katastrophenpläne für den Seuchenfall zu erstellen und
- die Kooperation im Veterinärbereich mit den mittel- und osteuropäischen Staaten schnellstens zu verstärken.

● **Günstige Rahmenbedingungen für Nachwachsende Rohstoffe**

Die Rahmenbedingungen für die nachwachsenden Rohstoffe sind europaweit so zu verbessern, daß sie zu einer echten Alternative für die landwirtschaftliche Produktion werden. Dafür gilt es:

- nachdrücklich auf eine Verabschiedung des Richtlinienentwurfs zur Befreiung der reinen Biokraftstoffe von der Mineralölsteuer hinzuwirken. Gleichzeitig muß auf jeden Fall die Option offen sein,

den biogenen Anteil in Mischungen ebenfalls steuerfrei zu stellen,

- aus umweltpolitischen Gründen eine CO₂-Abgabe auf europäischer Ebene voranzutreiben,
- eine europäische Agentur für nachwachsende Rohstoffe zu schaffen,
- die Liste der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen, die auf stillgelegten Flächen angebaut werden dürfen, zu erweitern,
- die Vorschriften für die Gestaltung der Anbauverträge, die Voraussetzung für die Produktion nachwachsender Rohstoffe auf Stilllegungsflächen sind, zu vereinfachen und z. B. von der Kautionsregelung abzugehen.

● **Sicherung der deutschen Fischereiflotte**

Die Seefischerei ist zur Zeit durch zu geringe Quoten und einen starken Preisverfall in eine äußerst schwierige Lage geraten. Um die Fischerei in ihrer Existenz zu sichern, sind die Quoten in Ost- und Nordsee an die Fangmöglichkeiten anzupassen.

Durch Verhandlung mit Rußland muß erreicht werden, daß die Hochseefischerei Kabeljauquoten im Nordostatlantik erhält, um in der Nordsee die Kutterfischerei zu entlasten.

Die hohe Heringsquote in der Ostsee kann nur befischt werden, wenn auch 1995 wieder die Übergabefischerei mit Rußland ermöglicht wird. Hierfür sind von der Europäischen Union die nötigen Ausgleichsmittel zur Verfügung zu stellen.

Die nationale Beschränkung vor der Küste Mecklenburg-Vorpommern durch die 12 km-Zone ist aus ökologischen und ökonomischen Gründen EU-weit auszuweiten.

Lebhafte Diskussionen auf dem Tourismus-Kongreß der Union

Der Tourismuspolitische Kongreß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bonner Konrad-Adenauer-Haus Mitte Juni hat bei allen Teilnehmern Anerkennung gefunden. Er führte nicht nur über 400 Verantwortliche aus Fremdenverkehr und Tourismus aus allen Teilen Deutschlands zusammen, er wurde in Vorträgen, Stellungnahmen und Arbeitskreis-Diskussionen auch zu einem Forum intensiver Aussprache über die aktuellen Themen der gesamten Branche.

Unter den Gästen, Referenten und Diskussionrednern waren die Spitzenpersönlichkeiten von Fremdenverkehr, Tourismus, Umweltschutz und Tourismusforschung fast ausnahmslos vertreten.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble würdigte in einer sachlich-engagierten und zugleich auch immer wieder nachdenklich stimmenden Rede die große Bedeutung von Fremdenverkehr und Tourismus für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen. Der über fünf Prozent betragende Anteil des Tourismus an der Wertschöpfung entspreche dem Anteil der Automobilindustrie, die aber nur ein Drittel der Arbeitsplätze bieten könne. Im Tourismus in Deutschland seien zwei Millionen Beschäftigte tätig.

Auf den Arbeitskräftemangel im Gastgewerbe eingehend kritisierte Schäuble: Bis zu 170.000 ausländische Saisonarbeiter bei gleichzeitig vier Millionen Arbeitssuchenden — das sei „schon einigermaßen grotesk“.

Der Fraktionsvorsitzende setzte sich nachdenklich mit der „Freizeitgesellschaft“ auseinander. „Mehr Freizeit und

mehr Urlaub bedeuten offensichtlich nicht notwendig mehr Zufriedenheit und Wohlbefinden.“ Er forderte, „sich wieder auf einen etwas gehaltvolleren und verantwortungsvolleren Umgang“ mit Freizeit und Urlaub zu besinnen. Nachdrücklich plädierte Schäuble für mehr Umweltschutz im Tourismus: Städtetouristen sollten häufiger mit der Hotelbuchung auch schon Fahrkarten für die öffentlichen Verkehrsmittel erhalten. Auf kurzen und mittleren Entfernungen könnten Hochgeschwindigkeitszüge stärker in Konkurrenz zum Flugzeug treten. Schäuble plädierte dafür, im Ausland intensiver

Wichtige Signale für notwendige Initiativen hat der Tourismuspolitische Kongreß gesetzt, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Mitte Juni im Konrad-Adenauer-Haus veranstaltete.

als bisher für Urlaub in Deutschland zu werben.

Eingehend setzte sich Schäuble mit dem Konzentrationsprozeß im Bereich von Reiseveranstaltern und Reisebüros auseinander. „Vielfältige Beteiligungen, Fusionen und Unternehmenserwerbungen, das Engagement großer Handelskonzerne bei Veranstaltungen und im Vertrieb von Reisen, die Aktivität von Banken — alles das deutet auf einen kräftigen Schub im Konzentrationsprozeß hin.“ Schäuble forderte die kleinen Veranstalter und selbständigen Reisebüros auf, sich durch Spezialisierung und durch

Zusammenschlüsse gegen den Konzentrationsprozeß zu wehren.

Bundesumweltminister Klaus Töpfer warb in seiner Rede immer wieder leidenschaftlich dafür, die traditionellen deutschen Urlaubs- und Erholungslandschaften in ihrer Identität und Verbindung von Kultur und Natur zu erhalten. Dabei plädierte er auch für den Erhalt alter Handwerke und traditioneller Bewirtschaftsformen, wie z. B. den Weinbau. Man müsse auch im Tourismus eine „nachhaltige Entwicklung“ anstreben, die im Einklang stehe mit den langfristigen Möglichkeiten von Natur und Umwelt, mahnte der Bundesminister. Als wichtige Themen nannte Töpfer weitere Verbesserungen bei der Abwasserreinigung, beim Schutz von Ost- und Nordsee, zur Luftreinhaltung und zum Schutz des Waldes. Töpfer sprach sich für ein Gütesiegel für umweltfreundliche touristische Angebote aus.

Attraktive Arbeitsplätze

Landesumweltminister Frieder Jelen betonte, daß für sein Land Mecklenburg-Vorpommern eine erfolgreiche touristische Entwicklung Basis für viele mittelständische Existenzen, für attraktive Arbeits- und Ausbildungsplätze und für Neben- und Zuerwerbsmöglichkeiten sei. Das Land verfüge über eine Reihe von großen intakten Naturlandschaften. Es brauche einige größere Tourismuszentren zur Verbesserung der Gesamtinfrastruktur im Tourismus und als Entwicklungslokomotive.

Im Arbeitskreis „Aufbau Ost“ forderten Experten dringend eine wesentlich verbesserte touristische Infrastruktur in den östlichen Fremdenverkehrsgebieten: Verkehrsanbindungen, Aufenthaltsmöglichkeiten bei schlechtem Wetter, attraktive Sport- und Freizeitangebote. Mancher neue Unternehmer stelle jetzt mit Sorge

fest, daß er sich mit seiner Aufgabe und seinen Belastungen übernommen habe.

Im Arbeitskreis „Herausforderungen für den deutschen Fremdenverkehr“ betonten Redner, daß der Fremdenverkehr und seine Förderung auch weiterhin als öffentliche Aufgabe begriffen werden müsse. Sie forderten die Bundesregierung auf, eine neue Fremdenverkehrskonzeption zu erarbeiten. In der Auslandswerbung müßte die Werbebotschaft prägnanter gestaltet, alle Kräfte gebündelt und eine weitere finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand sichergestellt werden.

Im Arbeitskreis „Umweltverträglicher Tourismus“ hoben die Experten kritisch hervor, daß Urlauber zwar gern Sympathie für den Umweltschutz äußerten, aber nicht bereit seien, dafür auch zu zahlen. In den ausländischen Zielländern gäbe es für den Umweltschutz ermutigende Ansätze, wengleich dort die Themen Arbeitslosigkeit, Armut, Unterentwicklung und Einkommensdefizite Vorrang hätten. Vertreter des Umweltschutzes äußerten sich kritisch zum Thema Fernreisen und Flugreisen.

Alle Erwartungen übertroffen

Rolf Olderog, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der Fraktion: Resonanz und Erfolg unseres Tourismuskongresses haben alle Erwartungen noch übertroffen. Immer wieder gehen entscheidende Impulse für die zukünftige Tourismuspolitik von der Union aus. Auch dieser Kongreß hat wichtige Signale für notwendige Initiativen gesetzt: Fortschreibung der Fremdenverkehrskonzeption der Bundesregierung, mehr Werbung für Urlaub in Deutschland, Steigerung der Dienstleistungsqualität in Deutschland, Lösung touristischer Verkehrsprobleme, verbesserte Tourismusforschung und Schaffung eines gemeinsamen deutschen Dachverbandes für Fremdenverkehr und Tourismus. ■

Die Zeit für eine neue Idee ist reif

Wußten Sie, daß 13 Prozent eines Personenkreises eine neue Idee annehmen müssen, damit sie dann von mindestens 84 Prozent ebenfalls übernommen wird? Verantwortlich dafür sind Situationen, nach deren Überschreiten eine einmal eingeleitete Entwicklung erhalten bleibt und unumkehrbar wird. Die Veränderung hat sich verselbständigt. In der Kernphysik wird dieser Punkt „kritische Masse“ genannt — aber auch für politische Entwicklungen gilt diese zu überschreitende Schwelle.

Vor mehr als 200 Jahren war es die Idee der Demokratie, die ihren Siegeszug nach mancherlei Wirren und Rückschlägen 1776 mit der Gründung der Vereinigten Staaten antrat. Im Zeitraum von 1900 bis 1919 verdoppelte sich die Anzahl der Demokratien in der Welt von zunächst 13 auf 25. Seit 1990 leben zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte über 50 Prozent der Weltbevölkerung in einer Demokratie. Ihre Zahl wird immer weiter ansteigen.

Kerngedanke einer Demokratie ist die Beteiligung aller Gruppen und Interessen — oft ein langer Weg, der Umdenken in vielen Bereichen benötigt. Jeder gesellschaftlichen Aufgabe tut es gut, wenn sich alle Interessen und Gruppierungen damit befassen — Männer wie Frauen. Niemand ist überlegen oder unterlegen. Das zentrale Anliegen ist Partnerschaft, damit die Welt, in der wir leben, so verändert wird, daß sie für alle lebenswert ist: Frauen und Männer, Eltern und Kinder, Wirtschaft und Umwelt, Leistungstarke und Leistungsschwache.



- **Lesen Sie**, warum an der Partnerschaft kein Weg mehr vorbeiführt!
 - **Prüfen Sie** die Argumente für eine stärkere Beteiligung der Frauen in der Politik!
 - **Diskutieren Sie** innerhalb und außerhalb unserer Partei das Thema kompetent und sachlich!
- „Frau und Politik“ Nr. 3 „Partnerschaft“ ist zu beziehen bei:

Union-Betriebs-GmbH
Friedrich-Ebert-Allee 73–75
53113 Bonn
Tel. (0228) 5443 14
Fax (0228) 5445 86

Bei Bestellungen von mehr als 50 Werbeexemplaren wird ein Betrag von 1,— DM pro Stück erhoben.

Ferien mit Kindern – Lust statt Frust

Die Vorsitzende des CDU-Bundesfachausschusses „Familienpolitik“, Maria Michalk, und Familie Brandt – Teilnehmer des Wettbewerbs „Ferien mit Kindern – Ihre Erfahrungen sind gefragt!“ – haben am 15. Juli im Konrad-Adenauer-Haus Tips für einen streßfreien und erholsamen Urlaub mit Kindern gegeben:

Nie zuvor waren Urlaubsmöglichkeiten für Familien so vielseitig wie heute – doch nie zuvor wurde auch die Frage so oft von Eltern gestellt wie heute „Kann Urlaub mit Kindern überhaupt echter Urlaub sein?“ Eltern vertun Chancen, wenn sie die Ferienzeit mit Kindern nicht auch als Quelle der Freude und des persönlichen Glücks wahrnehmen und aktiv gestalten. Leider ist häufig genug die Ferienzeit die einzige Zeit im Jahr, in der beide Elternteile sich intensiv und ungehindert von den Widrigkeiten des Alltags ihren Kindern widmen können.

Gemeinsame Erlebnisse schaffen neues Vertrauen und gegenseitiges Verständnis. Sie sind deshalb ganz wichtig für die Bindung der Kinder an ihre Eltern und umgekehrt.

Ein konfliktfreies Leben gibt es nicht, auch nicht im Urlaub. Wie aber sieht das Rezept aus, um gut erholt, mit neuen Kräften, zufrieden und ausgeglichen nach dem Urlaub den Alltag anzugehen, und zwar sowohl für Erwachsene und auch Kinder?

Der Bundesfachausschuß Familienpolitik hat sich mit diesem Thema befaßt und 1993 Familien dazu aufgerufen, eigene Erfahrungen zum Thema „Urlaub mit Kindern“ niederzuschrei-

Familienurlaub



CDU

- Bestell-Nr. 4925
- Mindestabnahme: 25 Exemplare
- Preis je 25 Exemplare: 15,50 DM
- zuzügl. Mehrwertsteuer inkl. Versand

ben. Aus den erfreulich vielen Berichten ist die Broschüre „Familienurlaub“ entstanden, die neben der Zusammenfassung der Erfahrungsberichte auch Tips und Hinweise für einen kostengünstigen Familienurlaub enthält.

Die Broschüre ist erhältlich bei der
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abteilung Information
Konrad-Adenauer-Haus
53113 Bonn
Tel. (0228) 54 44 77

Start in den Bundestagswahlkampf

Deutschlandtreffen der CDU

Westfalenhalle Dortmund am Sonntag, 28. August 1994

11.30 Uhr: Einlaß in die Westfalenhalle

12.00 Uhr: Musikalisches Vorprogramm

13.00 Uhr: Großkundgebung mit

Bundeskanzler Helmut Kohl

Bundesminister Theo Waigel

Generalsekretär Peter Hintze

Bundesminister Norbert Blüm

Bundesministerin Angela Merkel

Auf in die Zukunft ...



**aber nicht
auf roten Socken!**

CDU

Für Deutschland:



**Zukunft
statt
Linksfront**



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU

Auf in die Zukunft ...



aber nicht auf roten Socken!

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

◀ **A1-Plakat „Auf in die Zukunft ... aber nicht auf roten Socken!“**

Bestell-Nr.: 7951, Mindestabnahme: 50 Expl., Preis je 50 Expl.: 19,50 DM;

als **A0-Plakat**: Bestell-Nr.: 7952, Mindestabnahme: 50 Expl., Preis je 50 Expl.: 39,50 DM

◀ **A1-Plakat „Für Deutschland: Zukunft statt Linksfront“**

Bestell-Nr.: 7953

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 19,50 DM

als **A0-Plakat**: Bestell-Nr.: 7954

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 39,50 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64, 33759 Versmold

Fax (0 54 23) 54 69, 4 15 21

und 4 28 20

Preise zuzüglich MwSt., inklusive Versand

**SPD -
SICHERHEITSRISIKO
FÜR DEUTSCHLAND**

● Bestell-Nr.: 5934

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 38,50 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Wir zeigen Flagge



Einsatz für Frieden und Menschlichkeit

Das Bundesverfassungsgericht sagt ja zum Kurs der Union, SPD und Grüne sind mit ihrer Verweigerungspolitik gescheitert. Deutschland kann jetzt als gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft seinen Beitrag bei Einsätzen zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens leisten.

CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UID

24/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119, **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050), Abonnementspreis jährlich 52,— DM, Einzelpreis 1,50 DM, **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.